

Die Position der Organisation zwischen Modernität und religiösem Rigorismus ist noch schwer definierbar

Ägyptens Muslimbrüder – auf dem Weg zur Macht?

Michael A. Lange

Zu den bedeutendsten Unwägbarkeiten, die mit dem „demokratischen Aufbruch“ in Ägypten verbunden sind, gehört sicher die Frage nach der zukünftigen politischen Rolle, die die ägyptische Muslimbruderschaft in einer neuen politischen Ordnung spielen wird. Als bedrohlich erscheint vielen das Ausmaß der möglichen politischen Veränderungen in der ägyptischen Innen- und Außenpolitik, die aus einer Regierungsbeteiligung von Muslimbrüdern resultieren könnten.

Die angebliche oder tatsächliche Bedrohung des ägyptischen Regimes durch die Muslimbrüder war über Jahre das Hauptargument, weswegen auch europäische Regierungen ein doch eher „robustes“ Vorgehen der ägyptischen Staatsführung gegen ihre vermeintlichen innenpolitischen Gegner in Kauf genommen haben.

Die Meinungen über die Fähigkeit islamischer Gruppierungen wie der Muslimbruderschaft, den jetzt auf den Weg gebrachten politischen Wandlungsprozess in Ägypten zu beeinflussen oder sogar entscheidend zu bestimmen, gehen sehr weit auseinander. Klar ist, dass der Grad der möglichen Beeinflussung zukünftiger ägyptischer Politik wesentlich von verfassungsrechtlichen Entscheidungen und dabei vor allem vom wahrscheinlichen Modus der kommenden Parlamentswahlen in Ägypten abhängen wird.

Beeindruckende Wahlerfolge

In der Vergangenheit konnten Vertreter der ägyptischen Muslimbruderschaft an-

gesichts einer vom ägyptischen Staat immer wieder verweigerten Parteigründung nur als sogenannte „unabhängige“ Kandidaten oder auf Wahllisten anderer Parteien an den Wahlen teilnehmen. Vor allem bei den ägyptischen Parlamentswahlen im Jahr 2005 erzielten sie trotzdem eindrucksvolle Wahlerfolge. Bei diesen vorletzten Wahlen konnten sie die Zahl ihrer Abgeordneten trotz der üblichen umfangreichen Behinderungen durch die ägyptischen Behörden auf immerhin achtundachtzig gegenüber den vorigen Wahlen mehr als vervierfachen. Dieses Ergebnis muss als ein deutliches Zeichen für die Attraktivität der Muslimbruderschaft beim ägyptischen Wähler gewertet werden und führte bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 2010 zu einer noch restriktiveren Behandlung von Parlamentskandidaten, die sich öffentlich zur ägyptischen Muslimbruderschaft bekannten.

Entsprechend schlecht war dann auch das Abschneiden, das aber nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass dies wesentlich der Manipulation der Rahmenbedingungen der letzten ägyptischen Parlamentswahl geschuldet war und eben nicht die „wahre“ Bedeutung dieser politischen Strömung widergespiegelt hat.

Die nominelle Größe sowie der politische Einfluss der offiziell zwar weiterhin verbotenen, phasenweise aber schon vom „alten“ Regime immer wieder geduldeten Organisation bleibt also bis heute genauso unbestimmt wie ihre mögliche Attraktivität für den ägyptischen Wähler.

in möglichen wirklich freien und geheimen Wahlen der Zukunft.

Parteipolitische Programmatik

Trotz der gesellschaftlichen Präsenz der bisher immer noch vornehmlich im karitativen, sozialen Bereich aktiven Organisation blieb die ägyptische Muslimbruderschaft für viele lange eine „Blackbox“ in Bezug auf ihre politischen Vorstellungen.

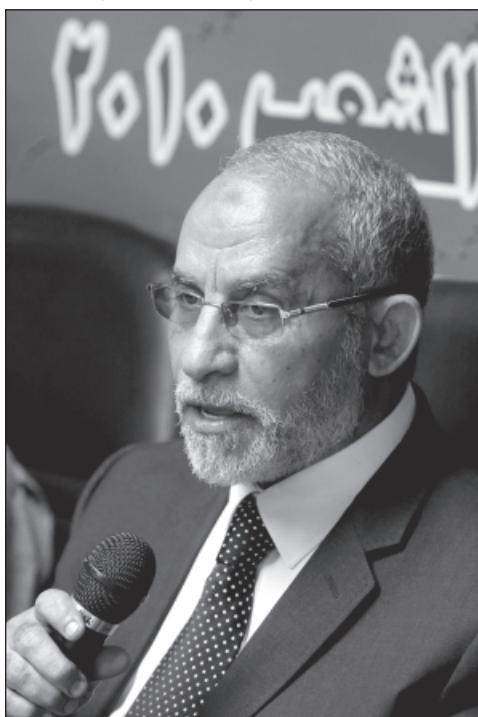
Anhaltspunkte für eine mögliche zukünftige parteipolitische Programmatik von der ägyptischen Muslimbruderschaft nahestehenden oder aus den Reihen der Muslimbruderschaft hervorgehenden politischen Gruppierungen finden sich sowohl mit Blick auf eine bereits Ende der 1990er-Jahre aus der ägyptischen Muslimbruderschaft unter dem Namen Hizb al-Wasat („Partei der Mitte“) hervorgegangenen Bewegung als auch in der Auseinandersetzung mit Wahlausagen einzelner, den Muslimbrüdern nahestehenden Kandidaten sowie in Programmenvorwürfen der Bruderschaft selbst.

Al-Wasat: Innenpolitische Liberalität?

Obwohl der „Partei der Mitte“ die offizielle Zulassung als politische Partei in Ägypten immer wieder mit dem Argument vorenthalten wurde, dass die ägyptische Verfassung keine Parteien mit einem eindeutigen religiösen Bezug zulasse, bemühten sich viele der sogenannten „Generation der Mitte“ in der ägyptischen Muslimbruderschaft um ein attraktives, eher moderates inhaltliches Angebot für die ägyptischen Wähler.

Sie hatten sich in ihrer Studienzeit – im Gegensatz zu älteren Mitgliedern der Muslimbruderschaft – aktiv am politischen Diskurs in Ägypten zu beteiligen versucht, blieben aber von der damaligen Führung der Bruderschaft zuerst noch unverstanden und konzentrierten ihre Aktivitäten deshalb vor allem auf ihre jeweiligen Berufsverbände.

Der Führer der Muslimbruderschaft, Mohammad Badie, spricht am 9. Oktober 2010 bei einer Pressekonferenz in Kairo anlässlich der Parlamentswahlen im November.
© picture-alliance/dpa, Foto: Mohamed Omar



Diese reservierte Haltung der damaligen Führung der Muslimbruderschaft war sicher dem Bestreben geschuldet, sich nicht in einen hoffnungslosen politischen Konflikt mit dem damaligen Regime zu begeben. Zu umfassend erschienen ihnen damals die Machtmittel des Staates, um als Organisation eine solche Provokation unbeschadet zu überstehen. Das Verhältnis der landestypisch überalterten Führung der Muslimbruderschaft zu diesen ersten Versuchen (partei-)politischer Organisation blieb also lange Zeit ambivalent, auch wenn einzelne Mitglieder des damaligen Führungsgerichts der Muslimbruderschaft sie damals schon unterstützt haben.

Die Protagonisten dieser ersten parteipolitischen Ansätze verstanden sich

als Vertreter eines „Islam der Mitte“. Mit der Namengebung orientierten sie sich an einigen zeitgenössischen muslimischen Intellektuellen, in deren Denken der Begriff der Mitte – als Leitmotiv für die Ablehnung jeglichen Extremismus in der Religion – konstitutiv war. Dieses Bekenntnis zur Mitte könnte sich bei einer neuerlichen Gründungsbestrebung als durchaus attraktiver, weil liberaler, programmatischer Ausgangspunkt anbieten. So plädierte man von Beginn an nicht nur für mehr Demokratie und Pluralismus, sondern auch für die rechtliche Gleichstellung von Muslimen und Christen sowie von Männern und Frauen. Bemerkenswert war insbesondere, dass diese Gruppierung sowohl Frauen als auch Kopten den Zugang zum Präsidentenamt in Ägypten ermöglichen wollte. Ein wichtiges ideologisches Element ihrer Programmatik war dabei nicht der „Islam als Religion“, sondern als Zivilisation, zu der auch die ägyptischen Christen gehörten.

Dass die von dieser Gruppierung geforderte Gleichberechtigung zwischen Muslimen und Christen nicht nur ein Lippenbekenntnis war, stellte sie unter anderem auch in ihrem letzten abgelehnten Zulassungsantrag unter Beweis, den damals auch drei bekannte christliche Persönlichkeiten des Landes offiziell unterstützten. Ihre Haltung zur politischen Partizipation von Frauen – neben dem Status von Nicht-Muslimen oft Anlass zur Kritik an islamischen Parteien – muss als fortschrittlich beschrieben werden; denn ebenso wie den Christen, so propagierten sie, sollten auch den Frauen der Weg in alle Staatsämter, inklusive dem Präsidentenamt, grundsätzlich offenstehen.

Allerdings blieb auch in dieser liberalen Programmatik die Forderung nach Einführung der Scharia ein zentraler Punkt des damaligen Entwurfs eines Parteiprogramms. Man berief sich dabei auf

Artikel 2 der ägyptischen Verfassung, in dem der ägyptische Präsident Sadat modifizierend niedergelegt hatte, dass die Scharia nunmehr als „Hauptquelle“ und nicht mehr als nur eine der Quellen der ägyptischen Gesetzgebung zu gelten habe.

Mit Blick auf die Sorgen der ägyptischen Kopten, die immer schon gefordert hatten, dass der ägyptische Staat ein „ziviler Staat“ aller seiner gleichberechtigten Bürger sein beziehungsweise werden müsse, betonten die damaligen, erfolglosen Parteigründer, dass nur solche Regelungen der Scharia verbindlich Gelting haben sollten, die die Entwicklung einer modernen Gesellschaft förderten. An der Formulierung dieser Regelungen sollten zudem „alle“ gesellschaftlichen Kräfte beteiligt werden. Dieses Zugeständnis einer kontrollierten Einbeziehung „aller“ demokratischen Kräfte bedeutete jedoch vermutlich (noch) nicht, dass diese „liberalen“ Muslimbrüder bereit waren, ein frei gewähltes ägyptisches Parlament als (alleinige) Quelle der nationalen Gesetzgebung anzuerkennen.

Bei all diesen überraschend moderaten Positionen muss aber auf unklare beziehungsweise problematische Aussagen in der damaligen Programmatik wie die „.... alle Bereiche des täglichen Lebens regelnde Scharia...“ und auch die beabsichtigte Beschränkung der Religionsfreiheit auf Anhänger der Offenbarungsreligionen, also für Christen, Muslime und Juden, hingewiesen werden.

Für die aktuelle Situation von Interesse ist der Hinweis darauf, dass die verhinderten Parteigründer schon damals die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Freilassung „politischer Gefangener“, eine unabhängige Justiz, freie Wahlen auf allen Ebenen (auch bei den Berufsvereinigungen), effektive Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sowie eine unabhängige Justiz gefordert haben, Forderungen also, die auch von anderen oppo-

sitionellen Kräften in Ägypten vorgebracht worden sind.

Außenpolitische Pragmatik?

Auch bezüglich ihrer außenpolitischen Vorstellungen überraschte die Gruppe mit moderaten Tönen. So nannte sie die Schaffung einer Weltordnung, die von Gerechtigkeit, Frieden und Kooperation gekennzeichnet ist, als ihr generelles außenpolitisches Credo. Zwar erklärte auch sie, Israel nicht anzuerkennen zu wollen und jede weitere Normalisierung der Beziehungen zu Israel abzulehnen; diesem ideologischen Rigorismus stellte sie jedoch auch politischen Pragmatismus zur Seite. So erklärte sie, explizit unterstützt vom damaligen Führer der Muslimbruderschaft, Mahdi Akif, dass die Muslimbrüder nicht beabsichtigen, die ägyptische Außenpolitik insgesamt infrage zu stellen, sollten sie sich an einer zukünftigen Regierung beteiligen. Vielmehr würden auch sie alle von Ägypten abgeschlossenen internationalen Verträge respektieren und den sich daraus ergebenen Verpflichtungen nachkommen. Dies gelte – so antwortete der Muslimführer damals auf eine Frage eines amerikanischen Journalisten – explizit auch für das Camp-David-Abkommen mit Israel.

Nun ist die Frage sicherlich berechtigt, inwieweit diese programmatischen Aussagen für die ägyptische Muslimbruderschaft auch heute – noch oder wieder – Bedeutung haben.

Aktuelle programmatische Indifferenz

Blickt man auf die jüngsten politischen Äußerungen der aktuellen Führung der ägyptischen Muslimbrüder, so weichen diese von den damaligen Standpunkten der verhinderten „Wasat-Parteigründer“ oft nur unwesentlich ab, bleiben aber andererseits in vielen Bereichen im illiberalen „Ungefährten“. So betonten sowohl der, dem eher konservativen Flügel der

Muslimbruderschaft zugerechnete, neue und bis zu seiner Wahl nahezu unbekannte Vorsitzende der Bruderschaft Mohammed Badie als auch sein Stellvertreter, Raschad al-Bajumi, dass die Muslimbruderschaft weder die politische Macht in Ägypten anstrebe noch einen Kandidaten für die kommende Präsidentschaftswahl aufstellen, sondern nur dem ägyptischen Volke beim Aufbau einer neuen Ordnung dienen wolle. Beide verwiesen jedoch immer wieder auf die Existenz der Bruderschaft in jeder ägyptischen Stadt und in jedem ägyptischen Dorf und ihre daraus resultierende Verwurzelung im ganzen Volk.

Dies wurde von politischen Beobachtern als ein deutliches Zeichen neuen Selbstbewusstseins gewertet und als verklausulierter politischer Machtanspruch interpretiert.

Versöhnung von Islam und Modernität?

Vieles bleibt momentan also noch im Ungewissen. Noch ist nicht klar, ob der jüngsten Entscheidung der Muslimbruderschaft, nun tatsächlich eine eigene politische Partei zu gründen, überhaupt stattgegeben wird. Ebenso ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar, ob diese Partei überhaupt bereit wäre, in einem Bündnis mit säkularen politischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Im Jemen, wo die islamische Reformbewegung ein Oppositionsbündnis mit der Sozialistischen Partei einging, tun sie dies genauso wie in Jordanien, wo die Islamische Aktionsfront, die Partei der Muslimbrüder, an Wahlen teilnimmt und sich allerdings jeder Gewalt enthält. Sie tun dies aber in der Opposition, was eben nicht automatisch bedeutet, dass sie dies auch in einer (Koalitions-)Regierung zu tun beabsichtigen.

Sicher ist, dass ein Wahlerfolg der Muslimbrüder wesentlich von den die Wahl bestimmenden Rahmenbedingun-

gen abhängen wird. Dazu werden die ins Auge gefassten Verfassungsänderungen Entscheidendes beitragen. Grundsätzliche Änderungen des bisherigen ägyptischen Wahlrechts erscheinen zwar geboten, werden aber wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit bis zum nächsten Wahltermin kaum vollzogen werden. Ebenso unbeantwortet muss deshalb momentan auch die Frage bleiben, ob eine von den Muslimbrüdern mitgetragene ägyptische Regierung sich eher von den bisherigen westlichen Partnern abwendet, um im Schatten einer Hinwendung zur Islamischen Weltgemeinschaft einen islamischen Staat zu errichten, in dem die Scharia eben doch in sämtlichen Bereichen des Lebens Geltung haben soll.

Vielleicht haben sich die ägyptischen Muslimbrüder in den vergangenen dreißig Jahren ja doch verändert. Vielleicht hat die harte Repression, der sie in diesen Jahrzehnten immer wieder ausgesetzt waren, diese Bewegung pluralisiert und eine wachsende Gruppe sogenannter „moderater“ Islamisten hervorgebracht, die pragmatischer und auch demokratischer denkt als frühere Generationen. Vielleicht haben sie in den Kerkern der ägyptischen Sicherheitskräfte die Vorteile der Menschenrechte kennengelernt, weil sie selbst am eigenen Leibe erlebt haben, was es bedeutet, wenn diese verletzt werden.

Wie viele werden bereit sein, ihnen den „benefit of the doubt“ zu gewähren? Die Erfahrungen mit dem Verhalten der Hamas-Regierung stimmen viele pessimistisch: Sie hatte ihre Strategie zur politischen Machtübernahme ebenfalls auf einer Agenda „demokratischer“ Reformen und sozialer Fürsorge aufgebaut, bei vom Ausland sichergestellten freien Wahlen eine (relative) Mehrheit erzielt und

schließlich mittels eines „Putsches“ die alleinige politische Macht an sich gerissen. Ähnliches könnte sich natürlich auch in Ägypten vollziehen.

Sicher scheint, dass auch sogenannte „moderate“ Islamisten nicht zu Vorreitern eines neuen Liberalismus geworden sind. In vielen gesellschaftlichen Fragen erscheinen sie weiterhin konservativ bis reaktionär, insbesondere, was die Rolle von Frauen angeht. Die Trennung der Geschlechter in der Öffentlichkeit bleibt für die Mehrheit von ihnen ein wichtiges Thema, genauso wie sie immer dann Probleme mit der Meinungsfreiheit haben, wenn Schriftsteller, Intellektuelle oder Künstler sich in kritischer Form mit dem islamischen Erbe auseinandersetzen.

Viele Fragen werden in den kommenden Monaten beantwortet werden, und diese Antworten werden auf die Entwicklung der gesamten Region Einfluss nehmen. Nicht nur der Westen ist jetzt aufgefordert, sich mit den Muslimbrüdern beziehungsweise „moderaten“ Islamisten, ihren politischen Hoffnungen und Zielsetzungen intensiver auseinanderzusetzen; auch die Muslimbrüder selbst müssen jetzt zu politischen Fragen konkreter Stellung beziehen. Dies könnte beide Lager vor erhebliche Zerreißproben stellen.

Eine demokratische Zukunft Ägyptens und der ganzen Region ohne „den“ Islam wird es nicht geben; wie islamisch diese Zukunft werden wird, entscheiden die politischen Angebote der entsprechenden Protagonisten und die Rezeption dieser Konzepte bei der Mehrheit der wahlberechtigten Bürger. Dass diese Mehrheit von der Jugend bestimmt wird, lässt all jene hoffen, die daran glauben, dass eine Versöhnung von Islam und Modernität möglich erscheint.